

„Soziale Kompetenz in Zeiten des Umbruchs“

125 Jahre Deutscher Verein – 125 Jahre soziale Kompetenz

**Statement von
Roland Schäfer
Bürgermeister der Stadt Bergkamen,
Präsident des Deutschen Städte- und Gemeindebundes**

**auf der 125-Jahr-Feier des Deutschen Vereins für
öffentliche und private Fürsorge e.V.**

**am Donnerstag, 08. Dezember 2005
in Berlin**

Sehr verehrter Herr Bundespräsident Horst Köhler,
sehr geehrte Frau Bundesministerin Dr. von der Leyen,
meine Damen und Herren,

als Präsident des Deutschen Städte- und Gemeindebundes
freue ich mich außerordentlich, Ihnen im Namen der deut-
schen Kommunen die herzlichsten Glückwünsche zu ihrer
125-Jahr-Feier übermitteln zu können.

Immerhin ging ja die Initiative zur Gründung des Vereins
seiner Zeit mit von kommunalen Vertretern aus.

Mein Gruß erfolgt auch im Namen meiner kommunalen
Präsidentenkollegen, also von Oberbürgermeister Christian
Ude vom Deutschen Städtetag und von Landrat Hans Jörg
Dupré vom Deutschen Landkreistag.

Waren es bei Vereinsgründung vor 125 Jahren noch 93
Stadtgemeinden und vier Provinzial- und Landarmenver-
bände, die die kommunale Ebene repräsentierten, so zählt

der Deutsche Verein heute 289 Landkreise, 116 kreisfreie Städte sowie 336 kreisangehörige Städte und Gemeinden zu seinen Mitgliedern. Neben dem Deutschen Städte- und Gemeindebund und den anderen beiden kommunalen Spitzenverbänden auf Bundesebene unterstützt eine Vielzahl von kommunalen Landesverbänden die Arbeit des Deutschen Vereins.

Mit seiner hohen fachlichen Kompetenz im Bereich der Sozial-, Kinder-, Jugend- und Familienpolitik, der Alten- und Gesundheitspolitik, der Rehabilitation und Behindertenhilfe ist der Deutsche Verein für öffentliche und private Fürsorge seit seiner Gründung im Jahre 1880 ein einmaliges Forum für alle Personen und Institutionen, die in irgendeiner Form in die soziale Arbeit in Deutschland eingebunden sind.

Durch seine regelmäßige Positionierung zu aktuellen sozialpolitischen und sozialrechtlichen Fragen leistet der Deutsche Verein seit Jahrzehnten wichtige Hilfestellung für die öffentlichen Träger, die Landkreise, die Städte und Gemeinden. Gerade die Praxisempfehlungen des Deutschen Vereins sind für die tägliche Arbeit der Kommunen unentbehrlich.

Deutschland steht heute vor großen Herausforderungen – vom demographischen Wandel bis zur Modernisierung der Infrastruktur, von der Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements, einer Neuordnung der Familienpolitik, einer stärkeren Integration von Zuwanderern, von der Sanierung

der öffentlichen Haushalte bis zur Erneuerung des Bildungswesens.

Die Erwartung, dass die sozialen Sicherungssysteme immer weiter ausgebaut werden könnten, ist bis heute nicht gänzlich aus allen Köpfen verschwunden. Die Realität sieht indessen in vielen Bereichen anders aus.

Urteile des Bundesverfassungsgerichts zur finanziellen Belastung von Familien, dramatische Entwicklungen in Anzahl und Altersaufbau der Bevölkerung mit den entsprechenden Auswirkungen auf die sozialen Systeme, die Kostensteigerung im Gesundheitswesen und damit einhergehend die Diskussion über Einschränkungen und Zuzahlungen im Leistungsbereich sowie die Umsetzung der Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe sind Beispiele für Veränderungen. Die Notwendigkeit von weiteren Reformen im sozialen Bereich ist unstrittig.

Aufgabe des Staates bleibt es, die unterschiedlichen Interessen in der Gesellschaft gerecht auszugleichen. Die soziale Absicherung muss dabei den gesamtpolitischen Realitäten auch unter Finanzierungsgesichtspunkten Rechnung tragen.

Es stellt sich deshalb die Frage, ob das Niveau der sozialen Absicherung unter den geänderten Rahmenbedingungen gehalten werden kann. Anders gefragt, was ist den Bürgern und Bürgerinnen selbst ihre soziale Absicherung wert?

Die Beachtung des Prinzips der sozialen Gerechtigkeit festigt den Zusammenhalt in einer Gesellschaft. Das Sozialstaatsprinzip i.S.d. Grundgesetzes ist also in seinen wesentlichen Grundlagen zu erhalten. Es schafft inneren Frieden und schützt die Würde des Einzelnen.

Sozialstaat darf aber nicht etwa mit einem „all inklusive Rundum-Sorglos-Paket“ verwechselt werden. Von daher sollte die Diskussion über Kürzungen und Anpassungen sachlich geführt und nicht ideologisiert werden.

Was der Einzelne oder die Familie aus eigener Initiative und aus eigenen Kräften zu leisten im Stande ist, darf nicht der unmittelbaren Verantwortung entzogen werden. Wo der Einzelne allerdings der solidarischen Hilfe zwingend bedarf, muss diese angemessen zur Verfügung gestellt werden.

Hier setzt im Besonderen die Arbeit des Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge an. Als Forum und Plattform der Zusammenarbeit von Theorie und Praxis, von Wissenschaft und Politik zum einen und die fachliche Verbindung der unterschiedlichen Ebenen und Akteure in Sozialpolitik und praktischer sozialer Arbeit zum anderen erfüllt der Verein bereits seit Jahrzehnten seine Zielsetzung, die Grundlagen des Sozialstaates zu definieren und den Entwicklungen anzupassen.

Durch Fort- und Weiterbildung, Erarbeitung von Stellungnahmen, Empfehlungen und Gutachten, Veranstaltung von

Fachtagungen, Veröffentlichungen und weiteren Aktivitäten fördert und beeinflusst der Deutsche Verein die soziale Arbeit in Deutschland maßgeblich.

Dass der Deutsche Verein in 125 Jahren die unterschiedlichen politischen Systeme überdauert hat und auch in den widersprüchlichen ökonomischen Entwicklungen sozialrechtliche Reformen und praktikable Lösungen der sozialen Frage entwickelt hat, ist Anlass genug, heute auch ein wenig stolz auf das bisher Geleistete zu sein.

Alles Gute für die Zukunft des Deutschen Vereins im Namen der deutschen Städte, Gemeinden und Kreise und ein herzliches Glück Auf!